



# DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Januar 2021

## Kundgebung für den Frieden am 5. Dezember



Am Samstag, den 5. Dezember protestierten ca. 200 HamburgerInnen für eine friedliche Welt  
siehe auch Artikel auf S.8, Foto: Reinhard Schwandt

**Redaktionsschluss** für die Februar-Ausgabe:  
**Freitag, 29.01.2021**

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:  
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,  
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

### Inhalt:

Bewerbung um eine Kandidatur	S. 2
Termine 1. Quartal / Bericht BMV	S. 3
Beschlüsse dokumentiert	S. 5
Aktionstag Frieden 5.12.	S. 8
Neue Webseite der Bezirksfraktion	S. 9
Solidarität mit den Pflegenden	S. 10
Umwandlung + Mieter:innenschutz	S. 11
Senior:innen + Mitwirkung	S. 12
Neuer § 28 a im IfSG	S. 13
Termine / Kontakt	S. 14

## David Christopher Stoop

Liebe Genoss\*innen,

hiermit kandidiere ich als Kandidat der LINKEN für den Wahlkreis 18 (Hamburg-Mitte) zur Bundestagswahl 2021.

Im Zuge der Corona Pandemie haben sich die gesellschaftlichen Widersprüche zugespitzt. Der Ausbruch der Krankheit traf auf ein kaputtgespartes Gesundheitssystem und eine Gesellschaft, die wachsenden Reichtum für wenige und soziale Unsicherheit für viele schafft.

Die Infektionsschutzmaßnahmen der Bundesregierung und die flankierenden Rettungsschirme waren so gestrickt, dass jetzt viele Menschen Mietschulden angehäuft haben, kleine Betriebe um ihre Existenz bangen und zahlreiche Soloselbständige ihr Gewerbe aufgeben und Hartz-IV beantragen mussten, während die wenigen Reichen noch reicher geworden sind.

Wir müssen diese Ungerechtigkeit und die konkreten Probleme der Menschen, die sie produziert, ins Zentrum unseres Wahlkampfes stellen. Unser Konzept für eine Vermögensabgabe wird schon jetzt von breiten Teilen der Bevölkerung befürwortet und die LINKE als glaubhafte Kraft für soziale Gerechtigkeit bewertet. Hieran sollten wir anknüpfen und deutlich machen: Umverteilung ist notwendig, um das Gesundheitswesen pandemiefest zu machen, die soziale Infrastruktur zu stärken und die ökologische Wende zu finanzieren. Wenn nicht wieder die Lohnabhängigen die Verlierer sein sollen, müssen die Reichen die Zeche zahlen. Und die LINKE ist die einzige Kraft zur Bundestagswahl, die dies glaubhaft verkörpert.

Ich kandidiere als Direktkandidat der LINKEN im Wahlkreis Mitte, weil ich mich als kämpferischer Gewerkschafter und haushaltspolitischer Sprecher unserer Bürgerschaftsfraktion genau die Themen stark mache, auf die es im Wahlkampf ankommen wird. Die zu erwartenden Auseinandersetzungen um Kündigungen und Betriebs-schließungen im nächsten Jahr, sowie der parlamentarische Untersuchungsausschuss zu „Cum Ex“ und die laufenden Haushaltsverhandlungen werden die Verteilungsfrage bereits im Vorlauf zur Wahl auf die Agenda setzen. Wir sollten dies nutzen, um die Lösungen der LINKEN frühzeitig in die Öffentlichkeit zu bringen.

Als weiteres Alleinstellungsmerkmal sollten wir unsere konsequente Ablehnung jeglicher Aufrüstungspolitik deutlich machen. Auch in dieser Fra-

ge wissen wir eine Mehrheit der Bevölkerung hinter uns.

Darüber hinaus möchte ich den gemeinsamen Wahlkampf mit euch dafür nutzen, um unsere Strukturen zu stärken, neue Mitglieder in den Wahlkampf einzubinden und als aktive Mitgliederpartei zu wachsen.

In diesem Sinne hoffe ich auf eure Zustimmung zu meiner Kandidatur als Direktkandidat und freue mich auf einen aktiven Wahlkampf mit euch!

Solidarische Grüße,  
David



### Persönliches

- Studium d. Sozialwiss., Englisch u. Pädagogik in Köln u. Durham (GB)
- Bildungsreferent d. DGB Jugend NRW
- Wiss. Mitarbeiter d. Universität zu Köln
- Seit 2015 in Hamburg
- Mitarbeiter der Deutschen Angestellten Akademie (ver.di)

### Politisches Engagement

- Als Schüler friedens- und sozialpolitisch aktiv
- Mitglied im StuPa, Uni Köln
- Organisation von Bildungsstreiks u. Schulgründungsprojekt
- 2006-2008 im Vorstand der GEW Köln
- Organizing Projekte f. wiss. Mittelbau an der Uni Köln
- Heute: Delegierter zur BAG Weiterbildung im FB 5 d. ver.di
- aktiver Betriebsrat

### Engagement i.d. LINKEN

- Eintritt 2007
- Sprecher d. LAG Betrieb u. Gewerkschaft
- BO Wilhelmsburg/Veddel
- 2015-2017 BeVo Mitte
- 2017 Direktkandidatur zur Bundestagswahl in HH-Süd (WK 23 Wilhelmsburg-Bergedorf-Harburg)
- 2017-2020 Landessprecher
- Seit 2020 MdHB, Themen: Europa, Haushalt, Gewerkschaft

### Mitgliedschaften

Ver.di, Hans-Böckler-Stiftung, RLS, La Talpa e.V.



## Auf ein Neues! Termine für das erste Quartal 21

Liebe Genossinnen und Genossen, das Jahr 2020 hat uns viel abverlangt. Ob 2021 viel besser wird kann zurzeit keiner wirklich sagen. Was fest steht ist, dass uns Covid 19 (Corona) weiter im Griff hat und für uns eine Bundestagswahl (BTW) ansteht. Im letzten Mittengang wurden die folgenden Termine als Vorbereitung für die BTW angekündigt:

- 1.) 30./31.1 2021 Wahl der Delegierten für die Landesvertreter\*innen Versammlung (LVV) im Kulturpalast Hamburg/Billstedt jeweils von 10:00 bis 19:00
- 2.) Wahl der/des Kandidatin/Kandidaten für den Wahlkreis 18 (Hamburg-Mitte+Barmbek-Süd) am 6.2.2021 ebenfalls im Kulturpalast Hamburg-Billstedt.

Beide Termine sind aufgrund des aktuellen Infektionsgeschehens gefährdet. Aus diesem Grunde bemüht sich der Bezirksvorstand um Ausweichtermine. Vorbehaltlich der Raumfrage planen wir derzeit mit den folgenden Terminen:

- a) 13./14.3.21 Wahl der Delegierten für die Landesvertreter\*innen Versammlung
- b) 20.3.21 oder 21.3.21 Wahl der/des Kandidatin/Kandidaten für den Wahlkreis 18

## Bericht von der BMV vom 13.12.2020

Wir sind anders, als die anderen Kinder und daher ist es gut, dass unser Bezirksvorstand vor Jahresende noch zu einer hybriden Mitgliederversammlung eingeladen hat, an der sich 20 Genossinnen und Genossen in Präsenz und zusätzlich 10 online beteiligt haben. Wir bleiben demokratisch-sozialistisch und lassen uns zu keiner Zeit von Sachzwang zu Sachzwang treiben! Das ist aktuell auch hin auf die anstehenden Bundestagswahlen von Relevanz (s.u.).

**Diskussion mit Zaklin Nastic** (Landesprecherin und MdB)

Für den ersten Teil war die frisch wieder gewählte Landessprecherin Zaklin Nastic zur Diskussion über die aktuelle Landes- und Bundespolitik eingeladen. Sie kritisierte, dass weder die Bundesregierung noch der Hamburger Senat Hilfen da ankommen lassen, wo sie wirklich gebraucht werden, z.B. bei Obdachlosen. Stattdessen beschließt die Bundesregierung einen **Rüstungs-etat von 46,9 Mrd. Euro**, mehr als Gesundheit und Bildung zusammen (<https://ziviler-hafen.de>).



Im Moment gelten noch die Termine 1.) und 2.). Wir werden euch rechtzeitig über mögliche Terminänderungen informieren. Wir wünschen Euch allen ein Jahr 2021 indem Ihr alle negativ in Bezug auf das Infektionsgeschehen bleibt, aber positiv gestimmt für einen kraftvollen Wahlkampf. Gerade in diesen Zeiten wird eine starke LINKE mehr denn je gebraucht.

i.A. Wolfgang Strauß

DIE LINKE Bevo Hamburg-Mitte

Daher ist in Hamburg die Volksinitiative für ein Verbot von Rüstungsexporten zu einem Erfolg zu machen. Und wir müssten das alles schon als **Klassenkampf** begreifen, die andere Seite tut das ja schließlich auch (mit dem bekannten Zitat von Warren Buffet.

[https://de.wikiquote.org/wiki/Warren\\_Buffett](https://de.wikiquote.org/wiki/Warren_Buffett)

In der Diskussion wurde dafür gesprochen, unsere **Angst zu überwinden** und die Corona-Politik **schärfer anzugreifen**, der schärfere Lockdown zeige das Scheitern des „Auf Sicht Fahrens“ unter der Prämisse der „**marktkonformen Demokratie**“. Anstelle eines Lockdowns der Betriebe, wo Abstände nicht eingehalten werden können, wird Kultur verboten und die Verantwortung an die Einzelnen und ins Private verschoben, was Depressionen und Schlimmeres erzeugt - insbesondere zur Weihnachtszeit. Selbst andere kapitalistische Länder haben das besser hingekriegt. Auch unsere Partei sei bankrott, wo sie sich als soziales Korrektiv an diesem gescheiterten System verliere - wie sich dies z.B. in dem weitergeleiteten Papier der Landesfürsten (

[linke.de/start/nachrichten/detail/fuer-einen-solidarischen-lockdown/](https://linke.de/start/nachrichten/detail/fuer-einen-solidarischen-lockdown/)) zeige. Es brauche eine **Belebung der LINKEN** - der kürzliche Landesparteitag (LPT) sowie der Friedensratschlag mit 500 Beteiligten, beide mit produktiven Debatten sowie der Entwicklung ambitionierter Vorhaben, haben gezeigt, was aktuell weitergehend möglich ist.

Zaklin betonte, dass sie gerne die sozialistischen Länder als positive Beispiele hervorhebe, was ihr Lob einbringe - aber auch Shitstorms, vor allem von AfD und FDP, aber auch aus der eigenen Partei. Sie stimmte zu, dass **Bürgerrechte und soziale Rechte** mehr als Einheit zusammenzubringen sind. Wer große Reden schwingen müsse auch real die Situation für Pflegekräfte verbessern.

### Auswertung des Landesparteitags

Nach einer Pause wurde mit Blick auf vorliegende Anträge beraten, wie mit damit umzugehen sei, dass unsere Satzung nur für die in Präsenz anwesenden Mitglieder das Abstimmungsrecht vorsieht. So wurde zusätzlich ein Meinungsbild der online Beteiligten eingeholt - in keiner Abstimmung führte dies zu einem anderen Ergebnis.

Bei der **Auswertung des LPT** wurde noch einmal gewürdigt: In den Debatten wurde vieles klarer und deutlich, dass es eine oppositionelle Orientierung braucht, um diese Zeit zu verstehen und ihr angemessen zu begegnen. Der beschlossene Leitantrag (*leider noch nicht online, kann zugeschickt werden, AB*) entspricht den Erfordernissen dieser Zeit, er taugt als Grundlage, **Friedens-Umwelt- und soziale Bewegungen** zusammenzubringen - was jetzt auch umgesetzt werden muss! In diesem Sinne wurden einige Beispiele für Streiks und Aktionen genannt, von denen hoffentlich andere auch berichten werden - hier oder in anderen einschlägigen Publikationen. Kritisiert wurden die Nicht-Bestätigung von zwei Vertretern aus Bezirksverbänden (darunter erneut Kristian Glaser für Mitte) sowie die Restriktivität der Redeleitung. Und selbstkritisch wurde bemerkt, dass scharfe Angriffe bei Wahlen stärker zurückzuweisen sind.

### Planung hin auf die Bundestagswahl im September 2021

Wie erfahrene Mitglieder wissen, werfen Parlamentswahlen lange Schatten voraus, die Planung ist bereits in vollem Gange. Auf Landes- und Bezirksebene vor allem für die vielen parteiinternen Wahlen, aber wie ist es mit dem Inhalt? Von der Bundesebene wussten unsere Bundesparteitagsdelegierten zu berichten, dass aktuell wenig an Informationen durchdringe. Die unsägliche Debatte um Regierungsbeteiligung habe die Partei ge-

lähmt. Es sei eine Fehlentscheidung, dass der Parteivorstand sich gegen einen gemeinsamen Parteitag in Präsenz entschieden habe - der breiter aufgestellte Bundesausschuss vertritt Besseres und mischt sich neu auch politisch stärker ein mit einem oppositions-orientierten Leitantrag. Es erging der Aufruf: Nehmt Teil, bringt euch ein!

Um die anstehenden Wahlen von der strategischen Debatte zur Verwirklichung unserer Ziele her anzugehen hatten Kristian, Gunhild und ich einen Antrag zur **Themen- und Terminplanung** eingebracht, in dem wir Themenvorschläge aus dem jüngst vom LPT beschlossenen Leitantrag, mit Bezug zu in den jeweiligen Monaten anstehenden politischen Aktivitäten wie dem Ostermarsch, mit den Wahlterminen verbunden haben. Damit die Parteibasis an jeder Stelle der gestaltende Faktor sein kann, haben wir monatliche Mitgliederversammlungen vorgeschlagen. Schon zuvor hatten viele die Planung des Landesvorstandes kritisiert, nach der die Landesvertreterversammlung (LVV) zur Aufstellung der Landesliste bereits im März 2020 stattfinden soll, was die Bezirke unter Druck setzt, im Februar bereits Delegierte zu wählen. Daher haben wir auch beantragt, den Landesvorstand zur **Verschiebung der LVV** auf einen späteren Zeitpunkt aufzufordern und, wie gute geübte Praxis, vorher einen inhaltlichen Parteitag zur Wahlstrategie und -kampagne einzuberufen. Nach einer konstruktiven Debatte, in der auch deutlich gemacht wurde, dass diese Planung sowohl solide als auch flexibel erdacht wurde, und ein paar Verbesserungsvorschläge übernommen worden waren, wurde dieses Antragspaket mit deutlicher Mehrheit angenommen. Ihr findet den Beschluss auf Seite 5ff. dokumentiert.

### Diskussion des Papiers „Für einen solidarischen Lockdown“

Die online zugeschaltete Genossin Theresa Jakob hatte darum gebeten, das Papier der Bundespartei **„Für einen solidarischen Lockdown“** (s.o.) zu befassen. Kristian Glaser hatte diesen Antrag übernommen und kritisierte das Papier als ärgerlich und völlig unzureichend für DIE LINKE als Partei. Aber für die parlamentarische Arbeit, gerade in der Bezirksversammlung (BV), wo uns ja häufig von den anderen Parteien entgegengebracht wird, man könne gar nichts verändern, seien die sozialpolitischen Forderungen doch ein gutes Paket, mit dem man herausfordern und aufmischen könnte. In diesem Sinne schlug er nun als Antrag vor, unserer Bezirksfraktion dieses Papier zur Umsetzung der Forderungen in offensive Anträge an die BV mitzugeben. In der folgenden Debatte überschlug sich die Kritik an dem

Papier (u.a. als „papierloser Tiger“) und es wurden Ergänzungsvorschläge zur Friedenspolitik und für die Aufnahme von Geflüchteten gemacht, wenn man dieses Paket der Bezirksfraktion mitgeben würde. In diesem Konsens wurde der Antrag schließlich mehrheitlich beschlossen. Martin Dolzer gratulierte daraufhin aus der Redeleitung scherzhaft zur Etablierung eines neuen Reformflügels in Hamburg-Mitte - mit der Folge fröhlichen Gelächters.

Wir können also gespannt sein, welche Rückmeldungen von spannenden Auseinandersetzungen wir demnächst bekommen und welche Wellen wir damit schlagen werden. Theresa Jakob hatte noch darauf hingewiesen, dass sie sich als neu gewähltes Mitglied im Landesvorstand dem Be-

zirksverband durchaus verpflichtet sehe. Bei der Auseinandersetzung um die Verschiebung der LVV war davon leider nichts zu merken. Vielleicht macht sie ihre Ankündigung ja in der Bezirksversammlung gut.

Zu guter Letzt berichtete Jörg Günther von erheblichen Verbesserungen an der „Finanzfront“ und noch einmal ausführlich von dem kürzlichen Erfolg vor der Bundesschiedskommission. Unter „Verschiedenes“ wurden aktuelle Termine angekündigt und es wurde deutlich: unter der Decke des Lockdowns brodelt es gewaltig. Wir dürfen uns also auf ein spannendes Jahr 2021 einstellen!

Mit solidarischen Grüßen und wohlan!  
Alexander Benthin [alexander.benthin@gmx.de](mailto:alexander.benthin@gmx.de)

- Dokumentiert: Beschluss der BMV HH-Mitte vom 13.12.'20 -

## **Aus der Krise geht es nur durch gemeinsames Engagement: Frieden, soziale und Grundrechte verwirklichen!**

Themen- und Zeitplan DIE LINKE Hamburg-Mitte 2021

*„Die Corona-Krise hat die Unfähigkeit des Markts zur Lösung ökologischer, sozialer und gesundheitlicher Probleme vor Augen geführt. Die aktuelle Wirtschaftskrise wird sich mit staatlichen Zahlungen an große Unternehmen und kargen Hilfspaketen für Lohnabhängige und kleine Unternehmen nicht bekämpfen lassen. Angesichts des zuvor schon drängenden Problems der Verhinderung der Klimakatastrophe stellt sich vielmehr die Herausforderung, jetzt einen wirklichen gesellschaftlichen Wandel anzugehen. Hin zu einer gerechteren, gesünderen und ökologisch nachhaltigeren Gesellschaft. (...)*

*Um den Aufgaben der kommenden Zeit gewachsen zu sein, ist es notwendig, den Parteaufbau der LINKEN als einer lebendigen Mitglieder- und Programmpartei voranzutreiben. Hierzu ist fürderhin eine enge Verzahnung von außerparlamentarischen und parlamentarischen Aktionen notwendig. Die guten Ansätze hierzu werden wir weiterentwickeln und unseren Protest noch stärker als bisher auf die Straße tragen. Um die Handlungsfähigkeit der LINKEN als soziale Alternative zu stärken, streiten wir auch in der Bundespartei für einen offensiven gesellschaftlichen Oppositionskurs sowie die Stärkung der innerparteilichen Demokratie.“*

(aus: „LINKES Handeln in der Krise - Die soziale und ökologische Wende jetzt erkämpfen!“, Beschluss der ersten Tagung des siebten Landesparteitags der LINKEN Hamburg, Oktober 2020)

### **Die Bezirksmitgliederversammlung möge befassen, beraten und beschließen:**

Zur Entwicklung gesellschaftspolitischer Offensive beschließt die BMV folgenden Zeit- und Themenplan. Damit sollen die vom Landesparteitag beschlossenen politischen Vorhaben umgesetzt und der Bundestagswahlkampf 2021 vorbereitet werden.

Die BMV beschließt insbesondere

1. Der Bezirksverband ruft den Landesvorstand auf, die bereits für Mitte März angedachte LandesvertreterInnenversammlung auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Eine derart frühe Terminierung ist rechtlich unnötig, politisch falsch gewichtet und setzt die Partei unter massiven Zeitdruck. Außerdem sollte der LVV ein regulärer Parteitag zur Beratung einer wahlpolitischen Erklärung vorangestellt sein.
2. Der Bezirksvorstand initiiert einen Arbeitsprozess für eine wahlpolitische Erklärung zum Bundestagswahlkampf von Bezirks- und Landesverband. Daraus sollen die politischen Schwerpunktthemen hervorgehen.
3. Bis zur Bundestagswahl geben wir uns folgenden Themen- und Zeitplan mit monatlichen BMVs:

*(Zeit- und Themenplan folgt auf der nächsten Seite)*

Monat	Tag	Was	Thema	Zust.
Januar	30./31.	BMV	„Die soziale und ökologische Wende jetzt erkämpfen“ <b>Politische Offensive gegen die Krise</b> – Vorbereitung Landes- und Bundesparteitag (u. U. Delegiertenwahl zur LVV)	BeVo
Februar	14.	LPT	<i>Fortgesetzte Tagung: Krise, Gesellschaftspol. Anträge, Lavo-Wahl</i>	LaVo
	26./27.	BPT	<i>Krise, Leitantrag, Anträge zu Gesellschaftspol. und Parteientwicklung, Vorbereitung Bundestagswahl, PV-Wahl</i>	PV
März	14.	BMV	„Frieden schaffen: Rüstungsexporte stoppen, Menschenrechte verwirklichen“ (Vorbereitung Ostermarsch, Start der Volksini) (u. U. Vorbereitung LPT/LVV mit Wahlpolitischer Erklärung)	BeVo
	(19.-21.	LPT/ LVV	<i>Noch nicht einberufen!</i> <i>Wahlpolitische Erklärung/Wahl der Landesliste</i>	LaVo)
April	18.	BMV +BPT!	<b>Woche des Gedenkens, 8. Mai zum Feiertag machen!</b> (u. U. Vorbereitung LPT/LVV mit Wahlpolitischer Erklärung)	BeVo
Mai	29./30.	BMV/ WKV	„Zusammen: Soziale und Grundrechte-Offensive“; Vorbereitung BPT; Beschluss Wahlpolitische Erklärung, Wahl Wahlkreiskandidat:in	BeVo
Juni	(19./20.	BPT	<i>Noch nicht einberufen!</i> <i>Wahlprogramm</i>	PV)
		BMV	<b>Auswertung Bundesparteitag und Wahlkampfplanung</b>	BeVo
Juli		BMV	„Kulturoffensive und Kampf gegen die Schuldenbremse“ <b>Stand Wahlkampf</b>	BeVo
August		BMV	<b>Stand Wahlkampf</b>	BeVo
September	26.	Wahl	<i>Bundestagswahl</i>	

#### Legende

Bevo      Bezirksvorstand

BMV      Bezirksmitgliederversammlung

Lavo      Landesvorstand

LPT      Landesparteitag

LVV

LandesvertreterInnenversammlung  
(wählt Landesliste zur Bundestagswahl)

PV

Partei Vorstand

WKV

kandidatIn)

Wahlkreisversammlung (wählt Direkt-



**BMV-Thema: Rüstungsexporte stoppen, Menschenrechte verwirklichen (Vorbereitung Ostermarsch)**

Mögliche Referent:innen: Gunhild Berdal (Rüstungsexporte), Norman Paech (Menschenrechte), Zaklin Nastic (Menschenrechte)

Aus dem beschlossenen Leitantrag:

*„Weltweit treffen Pandemie und Krise insbesondere die Länder und Regionen hart, die durch (neo-) koloniale Abhängigkeiten, Ausbeutung und Kriege besonders in Armut und struktureller Unterentwicklung gehalten werden. Zivile Entwicklung muss jetzt durchgesetzt werden. Wir wirken deswegen in und mit der Friedensbewegung für Abrüstung, den Stopp von Waffenexporten sowie die Ächtung und Abschaffung der Atomwaffen.“*



BMV am 13.12.: Saal



BMV am 13.12.: Podium

**BMV-Thema: Woche des Gedenkens, 8. Mai zum Feiertag machen!**

Mögliche Referent:innen: Esther Bejarano, VertreterIn des 8.-Mai-Bündnisses

Aus dem beschlossenen Leitantrag:

*„Die soziale Ungerechtigkeit der Krisenfolgen und die Schärfe der Grundrechtseingriffe erzeugen inzwischen Gegenreaktionen in der Bevölkerung. Das Unbehagen angesichts verschärfter sozialer Konflikte und die Sorge um die Aussetzung demokratischer Rechte wird von verschwörungstheoretischer und extrem rechter Seite genutzt, um das Märchen der ‚Corona-Lüge‘ zu verbreiten. (...) Wir benennen die zugrundeliegenden sozialen und demokratischen Probleme und üben so scharfe Kritik an der herrschenden Krisenpolitik und setzen diesen Positionen unsere Programmatik für eine emanzipatorische Antwort auf die Krise entgegen.“*

**BMV-Thema: Zusammen: Soziale und Grundrechte-Offensive**

Mögliche Referent:innen: Ina Morgenroth (Grundrechte), Andreas Grünwald (soziale Offensive)

Aus dem beschlossenen Leitantrag:

*„Die Schere zwischen Arm und Reich muss sich schließen. Der Umgang mit COVID darf nicht zur Verschärfung sozialer Ungerechtigkeit führen. Wir stehen für soziale Gleichheit und Frieden. Es müssen weltweit Verhältnisse geschaffen werden, in denen kein Mensch an Hunger, Krankheit, Armut oder Krieg sterben muss. (...) Menschenrechte als Grundlage für Demokratie müssen ausgebaut werden. Der Ausnahmezustand darf nicht auf unabsehbare Zeit verlängert und Grundrechte müssen auch in der Krise gewahrt werden.“*

**BMV-Thema: Kulturoffensive: Systemveränderungsrelevant gegen die Krise!**

Mögliche Referent:innen: Timo Gorf (Kulturaktivist), Vertreter:in der Kampagne „International Solidarisch - Schluss mit Austerität“

Aus dem alternativen Leitantrag „Raus aus der Krise heißt raus aus dem Neoliberalismus“:

*„Für das Erlernen von Solidarität und eines kritischen Urteilsvermögens, von Geschichtsbewusstsein und verantwortlichem Umgang miteinander müssen Bedingungen geschaffen werden, damit die Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturinstitutionen schnellstmöglich wieder geöffnet werden können und sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung für mündige Menschen stellen.“*

## Aktionstag 5. 12.2020: Friedensaktivist\*innen protestierten auch in Hamburg gegen Aufrüstung



Bundesweit in mehr als 90 Städten rief die Initiative „abrüsten statt aufrüsten“ am 5. Dezember zu Kundgebungen gegen den geplanten Bundeshaushalt 2021 und die erneute Steigerung der Rüstungskosten auf. Auch in Hamburg versammelte sich auf dem Rathausmarkt eine kleine überschaubare bunte Gruppe von Friedensaktivist\*innen. Erfreulich viele Transparente, Plakate und Fahnen ließen die breite Unterstützung der Kundgebung erkennen. Kolleg\*innen aus Gewerkschaften, dem Sozialverband Deutschland, von Greenpeace, der Deutschen Friedensgesellschaft / Vereinigte Kriegsgegner, der Hamburger Volksinitiative gegen Rüstungsexporte, von ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear weapons), Genoss\*innen der DKP und unserer Partei waren dabei. Rednerinnen und Redner auf der Kundgebung waren u.a. Gunda Weidmüller und Ralf Peters (Hamburger Forum), Klaus Wicher (Sozialverband Deutschland), Christoph von Lieven (Greenpeace), Daniela Reiß Varas (ICAN Hamburg) Berthold Bose und Monika Koops (ver.di) sowie Annika Rittmann (Fridays for Future). Kulturell bereicherte u. a. der Chor der Hamburger Gewerkschafter die Kundgebung. Ihr könnt die Kundgebung auf dem

Hamburger Friedenskanal hier: „**ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN**“ - bundesweiter Aktionstag am 05.12.20 in Hamburg - YouTube nachverfolgen.

Kommentar eines Genossen via Facebook zur Kundgebung: „Unser heutige Aktion auf dem Hamburger Rathausmarkt war ziemlich gut.“ Und weiter „Für eine bessere Welt ohne Kriege ohne Faschismus, u. Ausbeutung. Wir fordern das sofortige Verbot von Rüstungsgütern u. Waffenexporten aus dem Hamburger Hafen, keine Profitmaximierung mit Hochrüstung stattdessen mehr Investitionen in sozialen Bereichen -im Gesundheitssystem- mehr Pflegepersonal, mehr Erzie-

her\*innen, mehr Kitas, u. bessere soziale Infrastrukturen, Ausbau des ÖPNV, sowie die Unterzeichnung des UN- Atomwaffensperrvertrags, keine Hochrüstung auf 2% des BIP, Stopp des NATO-Großmanövers Defender 2020/21 und die Bedrohungs- Sanktionsspirale gegen Russland, Kuba und China und keine neuen Atombomber für die Bundeswehr und raus aus der NATO!“.



her\*innen, mehr Kitas, u. bessere soziale Infrastrukturen, Ausbau des ÖPNV, sowie die Unterzeichnung des UN- Atomwaffensperrvertrags, keine Hochrüstung auf 2% des BIP, Stopp des NATO-Großmanövers Defender 2020/21 und die Bedrohungs- Sanktionsspirale gegen Russland, Kuba und China und keine neuen Atombomber für die Bundeswehr und raus aus der NATO!“.

Bleibt zu hoffen und dafür zu kämpfen, dass die Friedensbewegung an Kraft und Stärke gewinnt um dies zu realisieren!

JO

Fotos: Reinhard Schwandt



## Neugestaltete Webseite der Bezirksfraktion

Liebe GenossInnen,  
wir möchten euch alle herzlich auf der neugestalteten Webseite der Bezirksfraktion Hamburg Mitte begrüßen

Ab dem 1.1.2021 findet ihr unsere Webseite in neuem Look wie gewohnt unter [www.linksfraktion-hamburg-mitte.de](http://www.linksfraktion-hamburg-mitte.de)

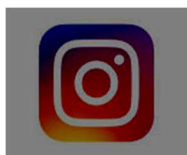
Die „alte Webseite“ findet ihr komplett im [Archiv](#).



Ihr findet uns auch auf:



[www.facebook.com/DIE-LINKE-Bezirksfraktion-Hamburg-Mitte-750340535013333](https://www.facebook.com/DIE-LINKE-Bezirksfraktion-Hamburg-Mitte-750340535013333)



[www.instagram.com/hhmitte\\_linksfraktion/](https://www.instagram.com/hhmitte_linksfraktion/)



<https://twitter.com/LinkeMitte>



<https://www.youtube.com/channel/UCOI7ixwHKkMjETdgyVKhbVA>

Vielen Dank an alle die bei der Neugestaltung mitgewirkt haben

- Die Fraktion
- Wolfgang
- Katharina
- Minuskel

Für die Fraktion: Theresa Jakob

## Personalnot in Asklepios-Kliniken: Kritiker:innen sollen mundtot gemacht werden

Als Reaktion auf die immer weiter steigende Zahl von Corona-Patient:innen in Hamburgs Krankenhäusern haben Beschäftigte in den vergangenen Tagen auf die verschärfte Personalnot hingewiesen und den Hamburger Senat aufgefordert, einzugreifen. Der Asklepios-Konzern hat daraufhin einen Tag vor Weihnachten einen Antrag auf Kündigung einer Pflegerin gestellt, die zuvor im NDR Hamburg Journal die Zustände kritisiert hatte. Ihre Schilderung der Lage war dramatisch: Pflegekräfte seien durch Reinigungsarbeiten zusätzlich belastet und Patient:innen würden einsam sterben, weil eine menschenwürdige Sterbegleitung aufgrund der Personalnot nicht möglich sei. Andere Pflegekräfte aus dem Asklepios-Konzern haben diese Schilderungen der Situation im NDR bestätigt.

Dazu erklärt **Deniz Celik**, gesundheitspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft: „*Es ist doch eine Sauerei: Da müssen Pflegekräfte, die sich in der Pandemie jeden Tag unter Gefährdung ihrer eigenen Gesundheit für die Rettung von Menschenleben einsetzen, einen Rausschmiss befürchten. Was ist denn das für ein Bild, wenn eine engagierte Pflegerin gefeuert werden soll – nur weil sie Missstände öffentlich benennt und eine bessere Versorgung der Patient:innen fordert? Sowas schürt noch zusätzlich die Wut und den Frust auf den Stationen! Statt in den Dialog zu treten und die Probleme zu beseitigen, will Asklepios offenbar ein Exempel statuieren und Beschäftigte mundtot machen, wenn sie auf die Folgen der*

*Personalnot im Konzern aufmerksam machen. Dieses empörende Vorgehen zeigt wieder einmal, dass die Privatisierung unserer Krankenhäuser ein schwerer Fehler war. Jetzt ist der Senat als Mitgesellschafter gefragt: Er muss einschreiten und dafür sorgen, dass der Antrag auf Kündigung zurückgezogen wird“.*

Weiter erklärt Deniz Celik zu der angespannten Situation in den Kliniken: „*Es mangelt in den Kliniken gar nicht in erster Linie an Betten oder Beatmungsmaschinen – es mangelt an Personal. Durch unzureichende Planung und Steuerung hat der Senat es versäumt, für die dringend benötigte Entlastung der Pflege zu sorgen. Von den Beschäftigten an den Kliniken kommt ein Hilferuf – der Senat muss den endlich hören und dafür sorgen, dass sich die Versorgung der Covid-Patient:innen verbessert. So muss die Pflege vollständig von Aufgaben der Reinigung und des Service befreit werden – das geht nur, in dem der Senat die Kliniken anweist, für diese Aufgaben ausreichend Personal einzustellen. Mitten in der Pandemie sehen wir die Folgen der bisherigen Strategie, insbesondere in diesen Bereichen der Bilanz zuliebe Personal weggespart zu haben. Zudem muss der Senat – ähnlich wie im Frühjahr – nicht dringliche, leicht verschiebbare Eingriffe, wie sie die Kliniken aus finanziellen Gründen weiter betreiben, strikter untersagen. Nur so lässt sich die unnötige Belastung von Kapazitäten unterbinden. Und weitere Personalausfälle lassen sich nur mit einer engmaschigen Teststrategie vermeiden.“ (PM vom 28.12.)*

Liebe Mitstreiter\*innen, liebe Kolleg\*innen,

vielen Dank für eure Unterstützung bzw. Unterzeichnung unseres Appells "Hört auf die Beschäftigten!" in Solidarität mit den Beschäftigten der Hamburger Krankenhäuser, die in den letzten Wochen auf Probleme und Missstände in ihren Kliniken hingewiesen haben.

Bitte habt Verständnis dafür, dass wir nur Bündnisse, Initiativen und Organisationen oder "prominente" Einzelpersonen als Unterzeichner\*innen aufgenommen haben. Ihr findet die Erklärung ebenso wie einen ausführlichen Pressespiegel zum Konflikt zwischen den Beschäftigten hier: <https://pflegenotstand-hamburg.de/hoert-auf-die-beschaeftigten>.

Heute Morgen (29.12.) haben wir - im Anschluss an die Presseerklärung der Hamburger Krankenhausbewegung, mit der diese gestern die Kündigung ihrer Sprecherin Romana Knezevic durch den Asklepios-Konzern bekanntgegeben hat (siehe hier:

<https://www.hamburger-krankenhausbewegung.de/>) - zu ihrer Unterstützung eine eigene Presseerklärung herausgegeben, die ihr hier findet: <https://pflegenotstand-hamburg.de/asklepios-kuendigt-pflegerin-kritik-aus-der-zivilgesellschaft>.

Wir würden uns freuen, wenn ihr auch weiterhin mit uns gemeinsam die Kämpfe der Pfleger\*innen und Krankenhaus-Beschäftigten für gute Arbeitsbedingungen und eine gute Gesundheitsversorgung unterstützt. Asklepios muss die Kündigung unserer Kollegin Romana zurücknehmen, der Hamburger Senat muss endlich mit den Beschäftigten in den Dialog treten und auf ihre Forderungen eingehen! Dafür werden wir uns auch in den kommenden Tagen und Wochen einsetzen.

herzliche Grüße & einen guten Start ins neue Jahr, euer  
Hamburger Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus

## Nochmals zur Umwandlungspraxis in Gebieten mit einer Sozialen Erhaltungsverordnung

Von Michael Joho, Referent bei Heike Sudmann, MdHB

In der Dezember-Ausgabe des „MitteNmag“ habe ich leider etwas falsch ausgeführt. In meinem Artikel „Wohnungsumwandlungen trotz Sozialer Erhaltungsverordnung“ ging es vor allem um den Paragraphen 172 Absatz 4 Satz 3 Nummer 6 Baugesetzbuch (BauGB), mit dem auch in Hamburg seit Jahren quasi alle Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen begründet und genehmigt werden. Darin heißt es, dass die zuständige Behörde eine Genehmigung zur Umwandlung erteilen *muss*, wenn „sich der Eigentümer verpflichtet, innerhalb von sieben Jahren ab Begründung von Wohnungseigentum Wohnungen nur an die Mieter zu veräußern“. Ich habe diesen Passus dahingehend interpretiert, dass mit dieser Regelung „das in Hamburg geltende zehnjährige Wohnrecht für Mieter:innen nach Umwandlung und Verkauf ihrer Wohnung an Dritte *faktisch auf sieben Jahre reduziert*“ wird. Das ist falsch. Hier habe ich missachtet, dass das Baugesetzbuch und die Mieter:innenschutzgesetzgebung zwei Paar Schuhe sind. Tatsächlich hat sich die Situation 2017 in Gebieten mit einer Sozialen Erhaltungsverordnung durchaus etwas verbessert. Seitdem beträgt die garantierte Verbleibzeit nach einer Umwandlung für die betroffenen Mieter:innen *nicht sieben, sondern zwölf Jahre*. Warum ist das so?

Eine Wohnung zu verkaufen, das geht leider immer. Und solange es bei der Vermietung bleibt, ist es zumindest rechtlich kein Problem – der Privatbesitz an Wohnraum soll *hier* nicht erörtert werden. Nach zehn Jahren erlischt der Umwandlungsschutz der Mieter:innen. Sie können dann für den sog. „Eigenbedarf“ der Eigentümer:innen gekündigt werden, selbstverständlich im Rahmen der vertraglich festgelegten bzw. üblichen Kündigungsfristen.

In Gebieten mit einer Sozialen Erhaltungsverordnung samt einer damit in Hamburg grundsätzlich verbundenen Umwandlungsverordnung sieht die Sache anders aus, schließlich soll mit diesen Regelungen ja die Verdrängung der eingesessenen Bewohner:innen bzw. Mieter:innen verhindert werden. Sobald nach dem ersten Verkauf (eines Wohnhauses mit mehreren Mietwohnungen) eine Umwandlung (der einzelnen Wohneinheit/en) stattfindet, wird es hinsichtlich des mittelfristigen Verbleibs in der Wohnung auch hier ernst. Erklärt der/die Eigentümer:in, dass den Mieter:innen sieben Jahre ein Vorkaufsrecht eingeräumt wird, muss die Behörde wegen des o.a. Paragraphen

die Umwandlung genehmigen. Nach Ablauf dieser sieben Jahre setzt dann eine mehrjährige Kündigungsschutzfrist ein. Und die beträgt in Hamburg seit 2017 *in Gebieten mit Sozialen Erhaltungsverordnungen fünf Jahre* (bis dahin währte sie nur drei Jahre). Das heißt im Klartext, dass Mieter:innen in verkauften, nach dem o.a. Paragraphen umgewandelten Wohnungen noch zwölf Jahre wohnen bleiben können. Und danach setzen auch hier die normalen Kündigungsfristen ein.

Doch auch diese zwölf Jahre Verbleiberecht sind viel zu wenig und daher inakzeptabel. Mieter:innen sollten prinzipiell nicht aus ihren Wohnungen vertrieben werden dürfen. Deshalb muss der § 172 Abs. 4 S. 3 Nr. 6 BauGB unbedingt fallen. Am besten wäre es jedoch, gleich ein gänzliches Umwandlungsverbot zu erlassen, wobei allerdings noch einige juristische Klippen zu bewältigen wären. Nichtsdestoweniger, ein komplettes Umwandlungsverbot wäre der sicherste Schutz dagegen, aus seiner womöglich langjährigen Wohnung herausgeworfen zu werden.

Tatsächlich war auf dem Wohngipfel der Bundesregierung 2018 verkündet worden, die immer mehr ausufernden Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen wenigstens nachhaltig zu beschränken. Und das nach langer Diskussion Anfang November 2020 vom Bundesrat durchgewundene „Gesetz zur Mobilisierung von Bauland (Baulandmobilisierungsgesetz)“ hätte dafür eine Chance geboten. Doch die wurde vertan. Caren Lay, die Mieten-, bau- und wohnungspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE, brachte es auf den Punkt: „Umwandlungsverbot gestrichen – Bund gibt Immobilienlobby nach“

(<https://www.linksfraktion.de/themen/nachrichten/detail/umwandlungsverbot-gestrichen-bund-gibt-immobilienlobby-nach/>). Und der Hamburger rot-grüne Senat ist dafür mitverantwortlich.

Die von der LINKEN mitgetragenen Landesregierungen in Berlin und Bremen haben am 29. Oktober 2019 den Antrag gestellt, den unseligen Umwandlungs-Paragraphen 172 Abs. 4 S. 3 Nr. 6 BauGB vollständig zu streichen. Doch obwohl die Hamburgische Bürgerschaft bereits am 11. September 2019 einen quasi gleich lautenden, von der SPD und den GRÜNEN eingebrachten Antrag mit den Stimmen auch der LINKEN beschlossen hatte, verweigerte Hamburg im Bundesrat seine



Zustimmung zu dem von Berlin und Bremen eingebrachten Gesetzentwurf. Die opportunistische Begründung lieferte der Senat auf eine Kleine Anfrage von Heike Sudmann kurz vor den Feiertagen: „Der Antrag konnte im Hinblick auf das dem Gesetzentwurf <zur Mobilisierung von Bauland; MJ> insgesamt zugrundeliegende *abgewogene Verhältnis zwischen den unterschiedlichen Interessen* nicht unterstützt werden“ (Drs. 22/2540 vom 18.12.2020). Abwägen und immer wieder abwägen zwischen den Interessen der mehr als vollgesogenen Immobilienbranche und den zigtausenden Mieter:innen, und bei Bedarf eigenen Beschlüssen in den Rücken fallen, das

## AG SeniorInnenpolitik



Einige aus der LAG bei einer Flugblattaktion in Ottensen, noch mit Robert als Gast (Foto: H. Jürgens)

Die LAG SeniorInnenpolitik (jede/r kann mitmachen, besonders willkommen sind alle ab 60) hat während der Pandemie (fast) regelmäßig in Präsenz getagt, wenn auch in ziemlich kleinem Kreis. Zum Glück hatten die Altonaer uns Asyl in ihrem Büro Am Felde geboten, bei der Fraktion und in der Wendenstraße ging ja zeitweilig nichts mehr.

Neben den Auswirkungen der Corona-Verordnungen ging und geht es um die Vorbereitung der Neubesetzung der bezirklichen Senior:innendelegiertenversammlungen sowie der Neuwahlen der Seniorenbeiräte auf Bezirks- und Landesebene. Die Amtsperiode der bestehenden Mitwirkungsgruppen endet lt. Hamburger Senior:innenmitwirkungs-gesetz (SenMitwG) Ende März 2021. Es müssten also in diesen Tagen die Anschreiben an die senior:innenpolitisch Mitwirkenden, u.a. an die Parteien herausgehen, die zur Benennung von Delegierten für die Senior:innendelegiertenversammlungen in den Bezirken aufordern.

ist so die Politik, mit der wir in Hamburg zu kämpfen haben.

Mehr zur anhaltenden Umwandlungsproblematik und zum völlig unzureichenden Baulandmobilisierungsgesetz im nächsten „Bürger:innenbrief“ im Februar 2021. Wer sich zur aktuellen Debatte einlesen möchte, der/dem sei ein im Dezember 2020 erschienener, ausführlicher Artikel von Christoph Trautvetter, Leiter des Projekts „Wem gehört die Stadt?“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung, empfohlen. Der Text „Die falschen Versprechen der Umwandler“ findet sich hier:

<https://www.rosalux.de/publikation/id/43545/die-falschen-versprechen-der-umwandler>.

Leider ist die Lage zurzeit unübersichtlich: Einige Beiräte hatten eine Verschiebung der Neuwahlen um ein Jahr gefordert. Andererseits lag im November ein Entwurf einer Rechtsverordnung zur planmäßigen Durchführung der Neubesetzung vor. Und schließlich war von einer Verschiebung um drei Monate wg. Corona die Rede. Das müssen wir im Auge behalten, damit nicht nur die „üblichen Verdächtigen“ sich zur Vertretung der Belange der Menschen ab 60 berufen fühlen. Je mehr (sozial-)kritische Geister sich in den Delegiertenversammlungen finden, umso mehr können wir dem Senat Dampf machen.

Die bezirkliche AG hat sich in der warmen Jahreszeit einige Male vor der GW am Hansaplatz getroffen, seit Oktober ist das nicht mehr so ohne weiteres möglich. Dennoch soll der Austausch nicht ganz zum Erliegen kommen, deshalb laden wir ein zu einer Sitzung m Netz.

Unser Sprecher Wolfgang hat dankenswerterweise einen virtuellen Konferenzraum eingerichtet, der unter <https://bbb.die-linke-hamburg.de/b/wol-tub-5bp-ba2> zu finden ist.

Zur Konferenzteilnahme per Telefon bitte die folgende Nummer wählen: 00494022639750 (Festnetztarif) Dann die PIN-Nummer 22591 eingeben. Mit der Telefontaste 0 kann das Telefon laut und wieder stumm gestellt werden.

Wir „treffen“ uns am 11.01. 21 um 16:30 Uhr, dann wird der virtuelle Raum freigeschaltet. Bringt gerne eure Themen mit, womöglich erste Erfahrungen in Sachen Impfung aus eurer Umgebung?

Kommt gut ins neue Jahr, wir hören und sehen uns!  
Bernhard

## Ergänzung der Generalklausel § 28 IfSG durch § 28a IfSG

Die viel zu allgemein gehaltene Fassung des ab dem 20.03.2020, dem Beginn der Covid 19-Pandemie, angewendeten § 28 Infektionsschutzgesetz (IfSG) wurde nun durch eine große Mehrheit des Deutschen Bundestages am 18.11.2020 und am 19.11.2020 außer Kraft gesetzt und novelliert in Form von § 28a IfSG. Generalklauseln wie § 28 IfSG a.F. sind viel zu allgemein gefasst und beschäftigten die Verwaltungsgerichte innerhalb der letzten 8 Monate. Die geplanten gesetzlichen Grundlagen für weitreichende Alltagsbeschränkungen in der Corona-Krise sollten nach Kritik an bisherigen Vorschlägen der Koalition 2020 überarbeitet werden. Das geht aus einem aktualisierten Entwurf des neuen § 28a IfSG, der der Deutschen Presse-Agentur vorliegt. Die Ausrichtung orientiert sich an Schutz von Leben und Gesundheit aus Art.2 II Satz 1 GG. Vielfach kam es in

§ 28 IfSG zu rechtlichen Problemen im Zusammenhang mit dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz Art. 20, 28 I GG, woraus es einem enormen Anstieg an Eilverfahren § 123 VwGO vor den Verwaltungsgerichten kam.

Union und SPD hatten Anfang November einen ersten Entwurf zu § 28a IfSG vorgestellt. Der überarbeitete Entwurf wurde nun dem Vernehmen nach in Bundesregierung und Koalitionsfraktionen sowie mit den Ländern abgestimmt. Festgeschrieben worden ist demnach unter anderem, dass Entscheidungen über Maßnahmen zur Corona-Eindämmung "insbesondere an dem Schutz von Leben und Gesundheit aus Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG und der Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems auszurichten" sind. Die Gründe für Beschränkungen sollen veröffentlicht werden, anders als in der alten gesetzlichen Fassung von § 28 IfSG.

Für Rechtsverordnungen gem. Art. 80 GG und zu Beschränkungen soll eine allgemeine öffentliche Begründungspflicht eingeführt werden, um wesentliche Entscheidungsgründe transparent zu machen für alle. Vorgesehen ist laut dem Entwurf zudem eine Pflicht zur Befristung bei möglichen Grundrechtseinschränkungen. Dabei sei "unter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgebots Art.20 III GG und unter Abwägung der betroffenen Grundrechtspositionen zu prüfen, ob die getroffenen Maßnahmen noch aufrechterhalten oder eine Lockerung verantwortet werden kann", wie es in der Begründung heißt. Bei intensiven Grundrechtseingriffen solle regelmäßig eine kurze Befristung vorzusehen sein. Nur so kann dem

Prinzip der Verhältnismäßigkeit aus Art.20 III GG Rechnung getragen werden.

Die möglichen Schutzmaßnahmen werden einzeln aufgezählt im Wortlaut des neuen Gesetzes, anders als in der alten Fassung des IfSG.

Die Neuregelungen sollen Teil eines Gesetzes mit weiteren Corona-Krisenmaßnahmen sein, das Bundestag und Bundesrat am 18.11.2020 beschlossen haben. Um Beschränkungen stärker abzusichern, ist ein neuer § 28a in das IfSG eingefügt worden, der "besondere Schutzmaßnahmen" gegen die Corona-Verbreitung regelt. Welche Schritte nötig sein könnten, ist darin einzeln aufgelistet worden – etwa Kontaktbeschränkungen und Abstandsgebote oder Maskenpflicht im öffentlichen Raum. Genannt werden auch Untersagungen, Beschränkungen oder Schließungen von Geschäften und Veranstaltungen. Der neue § 28 a IfSG ist enger gefasst als der § 28 IfSG, der zu weit und allgemein gefasst war.

Auch soziale, gesellschaftliche und wirtschaftliche Auswirkungen sind so zu berücksichtigen. Festgelegt worden ist auch, dass bei Entscheidungen über Schutzmaßnahmen "soziale, gesellschaftliche und wirtschaftliche Auswirkungen auf den Einzelnen und die Allgemeinheit einzubeziehen und zu berücksichtigen" sind, soweit das mit dem Ziel einer wirksamen Corona-Eindämmung vereinbar ist. In bestimmten Bereichen sollen Maßnahmen nur zulässig sein, "soweit auch bei Berücksichtigung aller bisher getroffenen anderen Schutzmaßnahmen" eine wirksame Corona-Eindämmung "erheblich gefährdet wäre". Genannt werden religiöse Zusammenkünfte und Demonstrationen. Besuchsregeln etwa in Pflegeheimen dürften "nicht zur vollständigen Isolation von einzelnen Personen oder Gruppen führen". Dem Grundrechtsschutz soll so ebenfalls besser Rechnung getragen werden als bisher. In der Bundestagsdrucksache 19/23944 vom 03.11.2020 ist es so im Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD „Entwurf eines Dritten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ vorgesehen. Allerdings haben DIE LINKE, FDP und AfD aus verschiedenen Gründen gegen das Gesetz gestimmt.

Es wird in der Oppositionsarbeit im Jahr 2021 noch sehr viel Arbeit auf die Ausschüsse zukommen.

**Roberto Perez Hagen**

## Termine in (und für) Mitte

*Dies sind die regelmäßigen Termine. Bitte Corona bedingt auf gesonderte Einladungen achten. Die meisten Termine finden sicherlich digital statt.*

**Freitags, 17 – 18 Uhr:**

Mahnwache der Ini Gedenkort Stadthaus, ebendort, Ecke Neuer Wall

**Montag, 11.01., 16:30 Uhr**

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik** digital, siehe S. 12

**Dienstag, 12.01., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel** Vereinshaus Gartenverein "Im Bauernfelde"

**Donnerstag, 14.01., 18:30 Uhr**

Treffen der **BO Billstedt** digital, siehe besondere Einladung

**Mittwoch, 20.01., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg** GW, Hansaplatz 9, evtl. online

**Mittwoch, 20.01., 19:00 Uhr**

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde** Büro Borgfelder Straße 83

**Donnerstag, 21.01., 17:30 Uhr**

**Sitzung der Bezirksversammlung** (digital, also ohne Öffentlichkeit)

**Dienstag, 26.01., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel** Vereinshaus Gartenverein "Im Bauernfelde"

## Februar 2021

**Montag, 08.02., 16:30 Uhr**

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik** Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

**Dienstag, 09.02., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel** Vereinshaus Gartenverein "Im Bauernfelde"

**Donnerstag, 11.02., 18:30 Uhr**

Treffen der **BO Billstedt** Büro Billstedter Hauptstraße 76 (Auf Einladung Mehmet Yildiz)

**Mittwoch, 17.02., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg** GW, Hansaplatz 9

**Mittwoch, 17.02., 19:00 Uhr**

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde** Büro Borgfelder Straße 83

**Dienstag, 23.02., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel** Vereinshaus Gartenverein "Im Bauernfelde"

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache. Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck fremdes@gmx.de

**Regelmäßig Montag und Donnerstag**, jeweils von 13 bis 15 Uhr:

**Sozialberatung** im Abgeordnetenbüro Mehmet Yildiz, Billstedter Hauptstraße 76

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei: [www.die-linke-hamburg.de](http://www.die-linke-hamburg.de)

## Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

**Bezirksvorstand:**

Telefon

Mail

Monika Berstecher		
Kerstin Fremder-Sauerbeck		
Jörg Günther (Schatzmeister)		
Maurizio Kosinski		
Suna Sahin		
Wolfgang Strauß		
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	<a href="https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/">https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/</a>	
Im Netz:	<a href="http://www.die-linke-hamburg-mitte.de">http://www.die-linke-hamburg-mitte.de</a>	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

**Spendenkonto** DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX